# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 17. März 1926 — Nummer 64


# Bankrott in Genf!

## Die Pleite der Politik des „Weltfriedens"

### Fort mit der Luther-Regierung und ihrem Reichstag!

Die Genfer Komödie ist zu einem kläglichen Ende gekommen. Die Ratsmitglieder haben mit 7 gegen 2 Stimmen beschlossen, einen Antrag auf Vertagung des deutschen Aufnahmegesuchs bis zum September zu stellen. Der Antrag soll in Vollversammlung unterbreitet werden.

Seit acht Tagen führten die Mächte in Genf hinter den Kulissen einen ununterbrochenen Kampf um die Entscheidung in der Vorherrschaft in Europa. Gegen das angloitalienische Deutschland verlangte Frankreich Polen als Gegenpartei.

Man versuchte krampfhaft einen Ausweg zu finden. Stresemann sollte zurücktreten und dafür Polen Platz machen. Doch auch dieser Ausgleichsversuch ist gescheitert. Die Entscheidung soll hinausgeschoben werden, jedoch zeigt der Ausgang von Genf den restlosen Bankrott der Völkerbündlerpolitik an.

Es gelang es jetzt noch einmal, den Zwiespalt zu verkleistern, so mit die Zuspitzung der internationalen Wirtschaftslage die Gegensätze der Imperialisten nur noch mehr aufreißen. Die Ereignisse auf Ostasien werfen die Blitzlichter neuer kriegerischer Auseinandersetzungen voraus. Vergeblich bemühen sich die internationalen Gauner, mit einer Erklärung die Massen zu beruhigen und den Bankrott zu bemänteln. Man verkündet, das Werk von Locarno werde nicht berührt. Das Werk von Locarno ist durch diesen Bankrott in Genf nur ein Fetzen Papier. Zurück bleibt nur die Möglichkeit neuer Kriege. Mit dem Fiasko in Genf ist die Politik der SPD. und aller Anhänger des Völkerbundes erneut zusammengebrochen. Brutal und ohne Hülle mußte sich der Völkerbund als ein Instrument der Kriegsvorbereitung der Imperialisten enthüllen. Jetzt steht vor den Massen erneut die Aufgabe, sich zu entscheiden, ob Krieg und in neue Kriegsgefahren zu gehen, oder endlich ein wirksames und festes Bündnis mit Sowjetrußland zu schließen. Der gewaltige Aufmarsch der Massen beim Volksentscheid zeigt, wo Kraft in einer einigen Front der arbeitenden Massen liegt. Es gilt, die Kraft zu nutzen.

Schluß mit den Illusionen! Schluß mit der Politik der Kuhhandel! Weg mit der Luther-Regierung! — Das muß die nächste Aufgabe der Arbeiter sein.

Die „Rote Fahne" schreibt heute zum Genfer Bankrott unter der Überschrift: „Offener Ausbruch der imperialistischen Gegensätze — Deutschland in den Völkerbund nicht aufgenommen — Bankrott der antibolschewistischen Luther-Politik": „Für Deutschland ergibt sich aus diesem Genfer Fiasko die eindeutige Konsequenz, die Regierung Luther-Stresemann, die ihre ganze Politik auf Locarno und den Völkerbund, auf das Zusammengehen mit dem englischen Imperialismus aufgebaut hat, muß sofort verschwinden, nachdem die ganze Locarno-Politik zusammengebrochen ist. Ebenso muß dieser Reichstag, in dem sich für diese bankrotte Politik eine Mehrheit gefunden hat, verschwinden. In sofortigen Kundgebungen müssen sich die Massen auf Grund der Erfahrungen der letzten Wochen entscheiden können: Für Locarno, das heißt für die Kriegspolitik der englischen Imperialisten, oder gegen Locarno und den Völkerbund, das heißt für den Frieden und die engsten, freundschaftlichsten Beziehungen zur Sowjetunion. Am völligen Bankrott der Luther- und Stresemann-Politik und aller derjenigen, die sie seit Jahren unterstützten, auch der Sozialdemokratischen Partei, kann keinen Augenblick gezweifelt werden. Der Sturz der Luther-Regierung und die Auflösung des Reichstags muß gemeinsam erzwungen werden. Gerade jetzt ist es möglich, sowohl im Wahlkampf, als auch auf jedem anderen Felde, entscheidend zu schlagen, wenn die Arbeiterschaft gemeinsam mit den Mittelschichten für das Ziel, die Arbeiter- und Bauernregierung, an Stelle der großkapitalistischen Regierung den Kampf führt."

Die Verteidiger dieser Bankrottpolitik geben sich auch heute wieder die größte Mühe, in dieser Politik der Niederlagen fortzufahren. Zwar sind diese Bankrottpolitikanten erschüttert. Der „Vorwärts" schreibt: „Das Unglaubliche ist zum Ereignis geworden. Die Genfer Verhandlungen sind nach 13 Tagen gescheitert." ... Der „Vorwärts" billigt die Haltung der deutschen Delegation und wagt es sogar, von gewissen diplomatischen Erfolgen der Bankrotteure Luther und Stresemann zu sprechen." Auch die „Vossische Zeitung", die vor wenigen Tagen erst erklärte, daß die Luther-Stresemann-Regierung sofort zu verschwinden habe, wenn sie ergebnislos von Genf zurückkomme, wenn Deutschland nicht in den Völkerbund aufgenommen werden sollte, ist über den Genfer Bankrott entsetzt, verteidigt aber die Haltung der deutschen Delegation.

Jetzt liegt es bei den Massen der Arbeitenden, die Auswirkungen dieser Politik zu erkennen. Von Anfang an haben die Kommunisten auf die wirkliche Bedeutung der Locarno-Verträge und des Völkerbundes hingewiesen. Die Vorgänge in Genf haben den Kommunisten wieder einmal recht gegeben.

Jetzt heißt es, die Einheitsfront der Werktätigen gegen die Front der Imperialisten und Kriegspolitiker zu schaffen. Die Entscheidung liegt jetzt bei den Arbeitern.

## 100 Prozent Friedensmiete am 1. April

### Die Auswirkung des Mietzinssteuergesetzes in Sachsen.

R. R. Die sächsische Regierung Heldt hat dem Landtag ein Bündel Steuergesetze vorgelegt. Mit einem Galopptempo sondergleichen sollen diese Gesetze jetzt verabschiedet und dann zur Durchführung gebracht werden. Erst am 11. März stand die Mietzinssteuervorlage im Landtag zur ersten Beratung, morgen soll sie durch den Rechtsausschuß gepeitscht werden und in den nächsten Tagen im Plenum des Landtages zur Annahme gelangen. Gerade dieses Gesetz aber bringt eine ungeheuerliche Belastung der breiten Massen, der Mieter, mit sich. Die Belastung durch diese Steuer steigt auf 180 Millionen Mark im Jahre. Auch trägt diese Steuer den brutalsten Charakter, die geforderten Summen werden auf die Mieten aufgeschlagen. Zwar bemüht sich die Regierung in ihrer Vorlage nachzuweisen, die Steuer sei eine Steuer auf den Hausbesitz, in der Praxis zeigt sich aber ganz deutlich, daß nur das Gegenteil richtig ist. Ueber den unsozialen Charakter der Steuer waren sich denn auch alle Parteien einig. Der Demokrat Günther-Plauen erklärte bei der Beratung:

**„Die Mietzinssteuer ist zweifellos eine der ungerechtesten Steuern, die jemals einem Volke auferlegt worden ist."**

Trotz dieser Erklärungen aber stimmten die Parteien mit Ausnahme der Kommunistischen Partei der Steuer zu. Sie benutzten dabei zur Bemäntelung der Belastung, die sie den Mietern auferlegen, den „sozialen Zweck", Wohnungen für die Wohnungslosen von dem Gelde zu erstellen. Mit diesem Zweck wurde dann auch die andere ungeheuerliche Absicht,

**schon am 1. April Friedensmiete in Sachsen**

zu erheben, bemäntelt. Im Reichstage hat die Linke bekanntlich einen langen Kampf gegen die Bestimmungen der 3. Steuernotverordnung geführt, die eine Erhöhung der Mieten für den 1. April vorsah. Es wurde dann auch ein Beschluß zustande gebracht, der die Festsetzung der Friedensmiete auf den 1. Juli 1926 hinausschob. Dieser Beschluß besagt nun zwar, daß die Friedensmiete vom 1. Juli ab erhoben werden muß, er verbietet jedoch nicht, diese auch schon vorher zu erheben.

Die sächsische Regierung mit ihrer Mehrheit aus sozialdemokratischen Ministern besitzt nun den Ehrgeiz, in der Erhöhung der Miete,

**der Erhebung von 100 Prozent Friedensmiete den anderen Staaten voranzumarschieren.**

Am 31. März 1926 läuft das jetzt bestehende Mietzinssteuergesetz ab. Sehr wohl wäre eine vorläufige Verlängerung möglich, die Regierung will jedoch die Gelegenheit nützen, um über die Wege des Mietzinssteuergesetzes die Mieten zu erhöhen.

In seiner Rede zur Begründung des Gesetzes erklärte der Finanzminister:

„Nun geht allerdings die Vorlage davon aus, **daß ab 1. April dieses Jahres die volle Friedensmiete zur Erhebung gelangt.** In der Zwischenzeit ist, wie Ihnen bekannt ist, **ein Beschluß des Reichstages ergangen, wonach dieser Termin auf den 1. Juli verschoben worden ist.** Das kann unter Umständen zu einer gewissen Aenderung der Ihnen heute vorliegenden gesetzlichen Vorschriften führen, wobei ich allerdings betonen möchte, um Irrtümer auszuschließen, daß dieser Beschluß des Reichstages nicht etwa dahingeht, daß erst ab 1. Juli dieses Jahres die volle Friedensmiete erhoben werden dürfe, sondern sie muß ab 1. Juli d. J. erhoben werden und darf früher erhoben werden."

Selbstverständlich sprachen sich auch **alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten für eine solche Erhöhung der Mieten aus.** Der Demokrat Günther erklärte, die jetzige Miete betrage in Wirklichkeit nach ihrer Kaufkraft gerechnet, nur 35 Prozent der Friedensmiete. Der **Volksparteiler Blüher** führte aus:

„Die einzige Frage, die noch diskutiert werden kann in dieser Beziehung, ist, wann die Erhöhung von 27 auf 40 Prozent in Kraft treten soll. **Die Regierungsvorlage schlägt den 1. April vor.** Nach dem zu erwartenden Reichsgesetze besteht die Möglichkeit, für einen Teil nur, nehme ich an, die Erhöhung auf den 1. Juli 1926 zu verschieben. Meine politischen Freunde sind der Meinung, **daß es richtig ist, die Erhöhung am 1. April 1926 in Kraft treten zu lassen."**

Auch der Sozialdemokrat Beyhke erklärte für seine Fraktion:

„Wenn die Frage deshalb auftaucht, ob diese Erhöhung schon am 1. April eintreten soll, so werden wir zu prüfen haben: ist der Schaden, den der einzelne Arbeiter zu tragen hat, größer als der Vorteil, der ihm entsteht durch die Zahlung der Steuer entstehende Beschäftigungsmöglichkeit, die durch die

## Der Aufmarsch der Millionen

Berlin, 17. März. (Eigener Drahtbericht.)

In Berlin sind am Montag [illegible] abgegeben worden. **Am Dienstag haben sich nach Stichproben** bisher mehr als 150 000 **Wahlberechtigte eingetragen, so daß** [illegible] **bereits überschritten sind. Mehr als die Hälfte aller Stimmberechtigten werden sich also in Berlin eintragen, da auch heute mit** [illegible] **gewaltigen Massenansturm zu den Einzeichnungen zu rechnen ist. Das gesteckte Ziel von 1½ Millionen wird also in Berlin überschritten werden.**

Aus dem ganzen Reiche wird, obwohl genaue Ergebnisse über die Eintragungen am Dienstag noch nicht vorliegen, eine ungeheure starke Beteiligung an den Eintragungen gemeldet. In Leipzig ist gestern die Zahl von 200 000 überschritten worden. In Chemnitz ist das von der KP. gesteckte Ziel von 50 000 bereits überschritten. In Köln wurden bis Montag abend über 100 000 Eintragungen vollzogen. Im Großhamburger Städtegebiet haben sich bis Montag abend 270 000 eingezeichnet. Daran ist Hamburg selbst mit 293 000, Altona mit 50 000 und Wandsbeck mit 10 000 Unterschriften beteiligt. Der Andrang war teilweise so stark, daß noch alle abgefertigt werden konnten.

Im Siegkreis tritt das dort erscheinende Zentrumsblatt entschieden für die entschädigungslose Enteignung ein. In Suhl ist die Zahl der Einzeichnungen von 2747 auf 4607 gestiegen und beträgt damit fast 2000 Stimmen mehr, als KPD. und SPD. zusammen bei der Provinziallandtagswahl hatten.

### 68 Prozent Beteiligung in Freital

Bis Dienstag abend haben sich in Freital von den 23 923 Wahlberechtigten 16 187 in die Volksbegehrliste eintragen lassen. Das entspricht einer Beteiligung von etwa 68 Prozent. Es ist damit zu rechnen, daß mit den Ergebnissen des letzten Tages in Freital eine Beteiligungsziffer von 75 bis 80 Prozent erreicht wird.

## 190000 Einzeichnungen in Dresden

In Dresden haben sich gestern 32 000 Wahlberechtigte für das Volksbegehren eingezeichnet. Das ist die größte Beteiligung, die in Dresden bisher zu verzeichnen gewesen war. Insgesamt sind nach den Mitteilungen des Dresdner Wahl- und Listenamtes rund 190 000 Einzeichnungen vorgenommen worden. In Dresden dürfte mit dem Ergebnis des heutigen Tages die Zahl von 200 000 bei weitem überschritten werden.

## Die Furcht der Fürstenknechte

Die „Vossische Zeitung" nimmt in einem Leitartikel zu der immer stärker wachsenden Zahl der Einzeichnungen Stellung. Sie fordert vom Reichstag schnellste Stellungnahme zum Kompromißentwurf und verlangt, daß er sich für den jetzt vorliegenden besseren Entwurf einsetze, um die Empörung der Massen nicht noch weiter zu steigern. Sie schreibt: „Der Verlauf der Aktion für das Volksbegehren hat den Beweis erbracht, daß die Ablehnung der Fürstenforderungen in den breitesten Volkskreisen ohne Unterschied der Parteien die stärkste Resonanz findet. Wer verhindern will, daß diese Bewegung über das Ziel hinausschießt, muß mit aller Kraft dafür eintreten, daß die Vereinbarungen zwischen den Parteien der Mitte ohne Verzug und ohne juristische und staatsrechtliche Haarspaltereien beschlossen werden." Das „Berliner Tageblatt" schreibt zu den Einzeichnungen: **„Wer den Zustrom zu den Einzeichnungslokalen und auch die Zusammensetzung der Herandrängenden gesehen hat, kann nicht mehr, wie vor einiger Zeit noch, für ausgeschlossen halten, daß bei dem Volksentscheid sogar die 20 Millionen aufgebracht werden könnten."** In einer Versammlung der Deutschdemokratischen Partei in Leipzig erklärte der Abgeordnete Brodauf, daß, falls im Reichstag keine befriedigende Lösung gefunden werde, nur der radikale Weg des Volksentscheids übrig bleibe.